

Generalsekretär Peter Hintze:

Wachstum und Beschäftigung haben oberste Priorität

Die Jahresplanung 1996 stand im Mittelpunkt der Beratungen, zu denen sich der Bundesvorstand am 12. und 13. Januar auf einer Klausurtagung in Mayschoß traf. Im Anschluß an die Sitzung erklärte Generalsekretär Peter Hintze vor der Presse im Konrad-Adenauer-Haus:

Das Jahr 1996 ist ein Schlüsseljahr für die weitere politische Entwicklung in Deutschland. Sein thematischer Schwerpunkt ist Wachstum und Beschäftigung.

Der Bundeskanzler hat in seinem Bericht deutlich gemacht, daß für ihn diese Frage oberste Priorität hat. Er erklärte für die Arbeit der Bundesregierung, daß in dieser Frage schnelle Entscheidungen notwendig sind.

Der Bundeskanzler hat in seinem Bericht auch zu wichtigen innen- und außenpolitischen Fragen Stellung genommen und unter anderem noch einmal deutlich gemacht, daß für ihn eine Verschiebung des Termins im Vertrag von Maastricht nicht in Frage kommt. Der Zeitplan für die Währungsunion und der Europäischen Vereinigung soll unverändert eingehalten werden.

Helmut Kohl hat die CDU zu einer Europa-Kampagne aufgerufen. Sie soll dem dumpfen Populismus be-

HEUTE AKTUELL

● CDU/CSU

Eine Bilanz, die sich sehen lassen kann. Paul Krüger zieht die Jahresbilanz 1995 der Gruppe der ostdeutschen Abgeordneten in der CDU/CSU. Seite 11-14

● Asylrecht

Die geltende Neuregelung des Asylrechts hat sich bewährt. Seite 36

Manfred Kanther: Nur konsequentes Handeln gewährleistet den Erfolg. Seite 38

● Brandenburg

Stolpe soll das verfassungswidrige Schulgesetz zurückziehen. Seite 44

● Öffentlichkeitsarbeit

Gesamtangebot 1/96 der Informations- und Werbemittel der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Rosa Teil

EUROPA

Peter M. Mombaur und Werner Langen: Die Währungsunion wird kommen, aber: Stabilität geht vor Zeitplan. Seite 8-10

gegenen, den SPD-Ministerpräsidenten verbreiten und der, sollte er sich durchsetzen, Deutschland gefährlich isolieren würde.

Wir haben uns auch ausführlich mit den drei Landtagswahlen befaßt, die am 24. März in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg stattfinden.

Der 8. Parteitag

der CDU

Deutschlands

findet

vom 20. bis 22

Oktober 1996

in Hannover statt

Neben den Berichten des Parteivorsitzenden, des Generalsekretärs, des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments stehen turnusmäßig Vorstandswahlen auf dem Programm.

Unsere Ausgangslage ist gut, und wir wollen mit der vollen Kraft unserer drei Landesverbände und mit der vollen Kraft der Bundespartei diesen Wahlkampf führen.

Unser Wahlziel ist die Regierungsverantwortung in allen drei Ländern. In Schleswig-Holstein und in Rheinland-Pfalz wollen wir sie zurückerobern. In Baden-Württemberg besteht sogar die Chance, eine eigene Mehrheit für Erwin Teufel als Ministerpräsident zu erreichen.

Der Bundeskanzler und alle unsere Spitzenredner haben in den drei Landesverbänden bereits zahlreiche Termine vorgehen.

Die FDP hat gute Chancen, bei den Wahlen am 24. März die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Wir möchten ihr deshalb in aller Freundschaft deutlich machen: ihr muß dieser Sprung allein gelingen. Sie muß ihr Ergebnis aus eigener Kraft erreichen.

Zur Koalition ist zu sagen: Die Zusammenarbeit ist gut. Der eine oder andere Interview-Zwischenruf ändert daran nichts.

Was etwa von einzelnen im Blick auf den Bundeshaushalt 1997 geäußert wird, sind voreilige Ankündigungen, denn es bleibt selbstverständlich bei der Vereinbarung der Koalition: Auf der Basis von Wirtschafts- und Finanzdaten entscheiden wir gemeinsam über die Frage, wann der Solidaritätszuschlag gesenkt werden kann. Eine einseitige Änderung der Koalitionsvereinbarung in diesem Punkt wird es nicht geben.

Wenn sich die SPD mit mehr als zweifelhaften Zwischenrufen zum Koalitionsthema einmisch, zeigt das nur: Sie hat den Versuch, eine Mehrheit bei den Wählern zu gewinnen, endgültig aufgegeben.

Wir haben uns auf unserer Klausurtagung sehr gründlich mit der Parteiarbeit für 1996 beschäftigt.

Die wichtigsten Termine:

- Unser Parteitag findet vom 20. bis 22. Oktober in Hannover statt. Turnusmäßig stehen Vorstandswahlen an.
- Wir werden drei große Zukunftsforen durchführen und damit die Zukunftsdiskussion fortsetzen, die wir auf dem Karlsruher Parteitag begonnen haben:
 - ▶ ein Forum zum Thema „Ökologische und Soziale Marktwirtschaft“
 - ▶ ein zweites Forum zur Frage des Zusammenhangs von Wirtschaftsentwicklung, Arbeitsplätzen und Steuersystem
 - ▶ sowie ein drittes Forum zum Themenkreis „Bildung, Forschung und Kultur“.

● Die Zukunftsdiskussion soll Ende 1997/Anfang 1998 in einen Parteitag münden, auf dem ein Zukunftsmanifest beschlossen wird. Damit gehen wir 1998 in die Bundestagswahlen, die am Beginn der Legislaturperiode stehen, die uns ins nächste Jahrhundert führt.

● Wir wollen außerdem eine „Europa-Offensive ‘96“ durchführen und dabei vor allem die Notwendigkeit der Währungsunion vertreten. Denn wir glauben, daß die Währungsunion für Deutschland von hohem wirtschaftlichen Nutzen ist. Als größte Exportnation Europas werden wir bitter dafür bezahlen, wenn die einheitliche Währung, die Abwertungswettläufe unmöglich macht, nicht kommt. Und wir sind überzeugt: Die ökonomische Stabilitätsgemeinschaft ist auch eine politische Stabilitätsgemeinschaft, also der Schlüssel für eine stärkere politische Zusammenarbeit auch in allen anderen Fragen, die uns auf diesem Kontinent gemeinsam betreffen.

Wir haben uns schließlich sehr ausführlich mit der wirtschaftlichen Entwicklung und mit Arbeitsplätzen beschäftigt. Wir sind uns darin einig: Es geht um grundlegende Entscheidungen, die Wirtschaft und Beschäftigung in den nächsten Jahren sichern helfen. Es geht nicht um Strohfeuer-Aktionen, die bestimmte Kreise in der SPD vorschlagen, sondern darum, langfristig einen positiven Trend zu stabilisieren.

Trotz der Abflachung der Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte 1995 sehen wir eine positive Perspektive für die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr.

Die Institute prognostizieren einen Anstieg des Welthandels um 6 bis 8 Prozent. Als zweitgrößte Exportnation der Welt werden wir auch entsprechend hiervon profitieren.

Unser Ziel ist es, das Wachstum so stark zu machen, daß dabei auch neue Arbeitsplätze entstehen und sich auf Dauer sichern lassen.

Auch wollen wir die Zeit positiver Entwicklungen für notwendige Strukturveränderungen nutzen, die unser Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialsystem dauerhaft stärken.

Wir arbeiten an einem Gesamtkonzept für einen langfristig gesicherten Aufschwung. Unsere Klausurtagung war die erste wichtige Arbeitstagung auf dem Weg dahin. Dieses Konzept soll sehr rasch entwickelt werden und bereits in die Debatte über den Jahreswirtschaftsbericht am 8. Februar im Deutschen Bundestag einfließen.

Über vier Hauptelemente dieses Konzepts haben wir gesprochen, aber noch keine Einzelheiten dazu beschlossen:

Erstes Element:

Kostenentlastung des Faktors Arbeit

Wir brauchen eine solche Kostenentlastung dringend. Denn wenn wir uns den Konjunkturverlauf des Jahres 1995 anschauen, ist es nach einem sehr guten Beginn im ersten Halbjahr dann durch Tarifabschlüsse mit nominalem Lohnzuwachs ohne ausreichende Flexibilisierung zu einer Abflachung der Konjunktur gekommen.

Wir erwarten deshalb von den Tarifparteien, daß sie ihre Verantwortung wahrnehmen: Ein Prozent mehr Lohn machen 18 Milliarden Mark Mehrbelastung der Unternehmen aus. Und die lassen sich nicht in anderen Bereichen ohne weiteres einsparen.

Was das „Bündnis für Arbeit“ betrifft, für das Bundesarbeitsminister Norbert Blüm geworben hat, hoffen wir, daß es sich wenigstens ein Stück weit verwirklichen läßt: daß nämlich der Zusammenhang von Lohnentwicklung und Beschäftigungssicherheit von den Tarifparteien stärker als bisher beachtet wird.

Wir wollen aber Kostenentlastung beim Faktor Arbeit nicht nur von den Tarifpar-

teien fordern. Wir fragen auch: Was kann der Staat tun? Und wir bringen in die Diskussion ein: Um die Lohnnebenkosten zu senken, müssen die Sozialversicherungsbeiträge, die 1996 erstmalig die 40-Prozent-Grenze überschreiten, jedenfalls mittelfristig wieder unter diese Grenze zurückgeführt werden.

Zweites Element:

Wachstumsstärkende Steuerpolitik

Der Staat verfügt nur über eine geringe Zahl von Instrumenten, mit denen er den Wirtschaftsprozess beeinflussen kann. Um so notwendiger ist es, die Möglichkeiten der Steuerpolitik zu nutzen.

Wir haben in diesem Jahr eine beachtliche Entlastung gerade der mittleren und kleinen Einkommen erreicht. Das Jahressteuergesetz 1996, das am 1. Januar in Kraft getreten ist, entlastet um 20 Milliarden Mark. Der Wegfall des Kohlepennings entlastet um weitere 8 Milliarden Mark. Daraus wird sich eine Binnennachfrage ergeben, die mit Sicherheit die wirtschaftliche Entwicklung verbessern wird.

Wir müssen die wachstumsstärkende Steuerpolitik aber auch fortsetzen. Wir wollen deshalb die Unternehmenssteuerreform vollenden, auch wenn es im Bundesrat dagegen noch erhebliche Widerstände gibt.

Wir wollen auch die Fragen, wie sich der Einkommenssteuertarif weiter entwickeln läßt, auf den Prüfstand stellen und Möglichkeiten der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage untersuchen.

Drittes Element:

Subventionsabbau

Auch hier geht es nicht um kurzfristige Maßnahmen, sondern um eine langfristige Entwicklung.

Für die Steinkohle heißt das, daß wir die eingegangenen Vereinbarungen auf jeden Fall einhalten. Wir werden deshalb den Bundeszuschuß zur Kohleverstromung und zur Koks-kohle bis zum Jahr 2000 wie vorgesehen leisten. Aber wir wollen im Blick auf das Jahr 2005 eine Rückführung. Wir brauchen diesen langen Zeitraum, um den notwendigen Strukturwandel in den kohlefördernden Ländern zu ermöglichen.

Viertes Element:

Maßnahmenkatalog zur Förderung von Existenzgründungen und zur Mobilisierung von Eigenkapital

Wir waren uns in unseren Beratungen darüber einig, daß die größten arbeitsplatzschaffenden Impulse von den kleinen und mittleren Betrieben ausgehen und von der Ermunterung, selbständig zu werden und einen Betrieb zu gründen.

Wenn eine Existenzgründung im Durchschnitt vier Arbeitsplätze schafft, dann ist eine Welle von Existenzgründungen die beste Arbeitsmarktpolitik.

Wir wollen deshalb Existenzgründungen im Bereich des produzierenden Gewerbes und bei produktionsnahen Dienstleistungen steuerlich begünstigen, jedenfalls was die Einkommen- und Körperschaftsteuer angeht.

Wir wollen, daß der Kapitalmarkt dazu einlädt, im stärkeren Maße Eigenkapital zur Verfügung zu stellen. Denn wir haben in Deutschland einen sehr hohen Finanzierungsanteil über Fremdkapital und einen im internationalen Vergleich – ausgesprochen niedrigen Anteil der Finanzierung über Eigenkapital. Eigenkapitalausstattung und Eigenkapitalfinanzierung werden deshalb eine wichtige Voraussetzung dafür sein, daß eine Existenzgründungswelle auch tatsächlich dauerhaft trägt.

Wolfgang Schäuble: Es fehlt an bezahlbaren Arbeitsplätzen

Arbeitsplätze schaffen – dies wird die große innenpolitische Herausforderung des Jahres 1996 sein. Deutschland fehlt es nicht an Arbeit, wie nicht zuletzt die Schattenwirtschaft zeigt. Es fehlt an bezahlbaren Arbeitsplätzen.

Im wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahre sind weniger neue Arbeitsplätze entstanden als zu Beginn der 80er Jahre. Und dies, obwohl mehr Mittel denn je für staatliche Arbeitsmarktpolitik aufgewandt worden sind. Arbeit ist in Deutschland zu teuer geworden. Das läßt sich nur ändern, wenn die alten ausgetretenen Pfade verlassen werden. Hierzu sind in erster Linie die Tarifpartner gefordert, die Politik kann nur flankieren. Die erklärte Gesprächsbereitschaft bei Gewerkschaften wie Arbeitgeber eröffnet die Chance, die notwendigen Entscheidungen im Konsens zu treffen. Wir müssen sie nutzen. Deshalb sind die Gespräche beim Bundeskanzler so wichtig.

Deutschland braucht mehr Freiraum für Eigenverantwortung und Eigeninitiative, weniger Gängelung, weniger Vorschriften. Nur in einem solchen Freiraum wird die Kultur der Selbständigkeit, wie Helmut Kohl es genannt hat, wieder wachsen können. Das heißt dann zum Beispiel auch, daß ein Unternehmen auf dem Weg in die Privatisierung wie die Deutsche Telekom marktgerechte Preise muß festlegen können, aber auch, daß möglichst bald ihr Monopol fallen muß.

Freiraum bedeutet auch finanziellen Freiraum. Damit Betriebe und Unternehmen wieder wettbewerbsfähig und die Arbeitsplätze sicherer werden, brauchen wir drin-

gend eine weitere Stufe der Unternehmenssteuerreform. Die Entwürfe dafür sind so gut wie beschlußreif, doch bislang hat sich die SPD mit ihrer Mehrheit im Bundesrat verweigert. Wir werden jetzt einen neuen Anlauf starten, damit die Sozialdemokraten ihre Blockade zu Lasten des Standortes Deutschland aufgeben. Wir werden damit eine Reform der Finanzen von Städten und Gemeinden verbinden, um sie in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben wahrzunehmen, ohne ständig in der Versuchung zu sein, an der Gebührenschaube zu drehen.

Das soziale Netz muß reißfest gemacht werden

Das soziale Netz soll nicht zerschnitten, sondern im Gegenteil reißfest gemacht werden. Dafür aber muß es auch bezahlbar bleiben und darf nicht zum Mißbrauch einladen. Diesem Zweck dienen drei wichtige Gesetze, die bereits in der parlamentarischen Beratung sind:

Mit der Reform des Sozialhilferechts wollen wir Anreize schaffen, daß Sozialhilfempfangler auch geringer bezahlte Arbeit annehmen und damit ihren Lebensunterhalt wenigstens teilweise selbst verdienen können. Der Gedanke, daß, wer arbeitet, mehr haben soll, als wenn er nicht arbeitet, liegt der Reform des Arbeitsförderungsgesetzes zugrunde. Die nächste Stufe der Gesundheitsreform, die vor allem die Kosten in den Krankenhäusern senken soll, wird dafür sorgen, daß die Beiträge zur Krankenversicherung begrenzt werden und die Lohnnebenkosten nicht zusätzlich steigen. ■

Aufschwungskräfte werden stärker

Der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl, erklärte am 11. Januar zum wirtschaftlichen Wachstum 1995:

Das Statistische Bundesamt hat erste Berechnungen für das Wachstum 1995 veröffentlicht. Danach hat das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im abgelaufenen Jahr um + 1,9 Prozent zugenommen. Im Jahresverlauf hat sich das Wachstum zwar abgeschwächt, aber dies ändert nichts an der Feststellung: Trotz der deutlichen Belastungen durch die Wechselkursentwicklung und die nicht situationsgerechten Tarifabschlüsse des letzten Jahres ist die gesamtwirtschaftliche Leistung in Deutschland 1995 erneut gestiegen. Erfreulich ist, daß der wirtschaftliche Aufbau in den neuen Ländern 1995 mit einem Wachstum von real + 6,3 Prozent weiter vorangekommen ist.

Die Aussichten dafür, daß die Konjunktur in diesem Jahr wieder mehr Fahrt aufnimmt, sind günstig. Annähernde Preisstabilität, niedrige Zinsen, die für die Exporte wichtige teilweise Korrektur der DM-Aufwertung gegenüber den Währungen wichtiger Handelspartner, die ab diesem Jahr wirksam werdenden steuerlichen Entlastungen bei den privaten Einkommen: All dies spricht dafür, daß die Aufschwungskräfte in Deutschland allmählich wieder stärker werden.

Am Arbeitsmarkt hat es 1995 keine Besserung gegeben. Mehr Arbeitsplätze zu schaffen, bleibt die größte Herausforderung für 1996 und danach. Allein auf die Konjunktur zu warten, reicht nicht aus. Die Voraussetzungen für Investitionen und zusätzliche Arbeitsplätze am Standort Deutschland müssen grundlegend weiter verbessert werden. Alle Beteiligten – Unternehmen, Gewerkschaften und Politik – sind in ihrer jeweiligen Verantwortung

aufgefordert, daran konstruktiv mitzuwirken. Der Dialog zwischen den Sozialpartnern über ein „Bündnis für Arbeit“ ist dazu ein wichtiger Beitrag.

Wachstums- und Beschäftigungssicherung ist immer stärker auch eine gesamteuropäische Aufgabe. Europa wächst zusammen. Wir wollen den zeitgerechten Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion, weil dies die Grundlage für mehr Wachstum und Arbeitsplätze in Europa ist. Für manche überraschend hat Deutschland nach den vorläufigen Wachstumsberechnungen des Statistischen Bundesamtes das Maastrichter Defizitkriterium 1995 nicht erreicht. Ursächlich dafür sind vor allem das langsamere Wachstum und konjunkturbedingte zusätzliche Defizite in den Haushalten von Ländern, Kommunen und insbesondere Sozialversicherungen im vergangenen Jahr.

Deutschland wird und muß im entscheidenden Jahr 1997 die Stabilitätskriterien für die Teilnahme an der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wieder voll erfüllen. Das heißt vor allem, daß wir weiter auf die Stärkung der Aufschwungskräfte in Deutschland setzen müssen. Die Bundesregierung bereitet hierzu im Zusammenhang mit dem Jahreswirtschaftsbericht 1996 ein Aktionsprogramm vor, das konkrete Maßnahmen für ein stärkeres Wirtschaftswachstum und für mehr Arbeitsplätze in Deutschland enthalten wird. Mehr Wachstum ist zugleich ein wichtiger Beitrag zur Entlastung der öffentlichen Finanzen. Die Bundesregierung strebt einen nationalen Stabilitätspakt an, mit dem die Konsolidierung aller öffentlichen Haushalte weiter vorangetrieben werden soll. Staatliche Konjunkturprogramme durch höhere Neuverschuldung à la SPD-Partei-vorsitzendem Oskar Lafontaine passen nicht in die Landschaft. ■

Wußten Sie, daß

- sich die PDS im Grundsatzprogramm vom 31. 1. 1993 gegen die bestehende demokratische und marktwirtschaftliche Ordnung wendet?:

„In der PDS haben sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegenzusetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden.“

- die PDS in ihrem Grundsatzprogramm das Zwangssystem des SED-Regimes unverfroren rechtfertigt?:

„Die antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im Osten Deutschlands und später das Bestreben, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten, standen im berechtigten Gegensatz zur Rettung des Kapitalismus in Westdeutschland, der durch die in der Menschheitsgeschichte unvergleichlichen Verbrechen des deutschen Faschismus geschwächt und diskreditiert war. Zum Sozialismusversuch in der DDR gehören wertvolle Ergebnisse und Erfahrungen (. . .).“

- die PDS im Grundsatzprogramm die totalitäre kommunistische Diktatur in der Sowjetunion verteidigt?:

„Dem welthistorischen Ereignis der sozialistischen Oktoberrevolution von 1917 verdankt die Menschheit grundlegende günstige Entwicklungen im 20. Jahrhundert.“

Was Sie über Lafontaines

Wunschpartner wissen sollten

- die PDS offensichtlich die Soziale Marktwirtschaft zu ihrem Hauptfeind erklärt?:

„Bei allen Meinungsverschiedenheiten gehen wir gemeinsam davon aus, daß die Dominanz des privatkapitalistischen Eigentums überwunden werden muß.“ (Grundsatzprogramm vom 31. 1. 1993)

- die PDS im Europawahlprogramm (November 1993) „die militärische Auflösung von WEU und NATO“ fordert – und sich im Bundestagswahlprogramm (1994) für „die Abschaffung der Wehrpflicht (. . .) als Schritt zur Abschaffung der Armee überhaupt“ ausspricht?:

MIT EINER NEUEN SERIE, deren erster Teil bereits im UiD 1/96 erschienen ist, wollen wir regelmäßig wichtige Informationen über Programm, Politik und Personal der PDS veröffentlichen, die für eine realistische Beurteilung der SED-Fortsetzungspartei notwendig sind.

Die Währungsunion wird kommen, aber: Stabilität geht vor Zeitplan

Streiks in Frankreich, Verfassungskrise in Italien, Skepsis in Deutschland, für-wahr keine optimalen Voraussetzungen für die gemeinsame europäische Währung, die nach dem Maastrichter Vertrag ab 2002 kommen soll. Ein Teil der SPD, die 1992 im Bundestag (96 Prozent Zustimmung) und im Bundesrat (einstimmig) dem Maastrichter Vertrag zugestimmt hat, frönt einem neuen „DM-Nationalismus“ (so SPD-Parlamentspräsident Hänsch!). Warum muß die Währungsunion kommen und warum ist sie gut für uns Deutsche?

**Von Peter M. Mombaur, MdEP
und Werner Langen, MdEP**

„Ein Spiel mit dem Feuer“ sei es, die Währungsunion nicht zu gestalten, befand Bundespräsident Prof. Roman Herzog. Warum? Europa handelt im Weltmarkt gegenwärtig so, wie wenn die 50 Mitgliedstaaten der USA wieder mit je eigener Währung anträten, also uneinig und kraftlos.

Daher haben die europäischen Staaten – und der Bundestag mit nahezu 100 Prozent – die Reihenfolge beschlossen: erst die Stabilitätsunion, dann Währungsunion, dann Gemeinschaftsgeld. Die Währungen der Mitgliedstaaten, die nachweislich lange Zeit gleich stabil sind, also spannungsfrei in einer Bandbreite von $\pm 2,25$ Prozent gewechselt wurden, sollen in die Verantwortung der von den Regierungen unabhängigen Europäischen Zentralbank übergehen (Währungsunion), wenn und sofern die vertraglichen Voraussetzungen bezüglich Inflation, Zins, Haushaltsdefizit und Schuldenstand erfüllt sind (dies zu be-

urteilen, ist auch Aufgabe des Deutschen Bundestages).

Die Mitgliedwährungen, deren Umtauschkurse dann ohnehin festgeschrieben sind, gehen in die dann – und erst dann! – logische Gemeinschaftswährung nach der notwendigen Umstellungs- und Gewöhnungsphase über; die vorherigen Währungen werden wertgleich in die neue Währung umgerechnet. Also: Stabilität geht vor Zeitplan (Kohl). Die Gründe:

● Arbeitslosigkeit bekämpfen!

Europa muß den weltwirtschaftlichen Konkurrenzkampf vor allem mit dem Dollarblock und dem Yenblock gegenwärtig mit 14 Währungen bestreiten, 14 Währungen in einem (!) Binnenmarkt. Das ist eine Lachnummer. Auch die Stärke der D-Mark war bislang immer schon abhängig von zunehmender Stabilität in den Partnerstaaten Europas. Eine Einzelwährung von 80 Millionen Deutschen ist im gemeinsamen Europäischen Binnen-

**Arbeitslosigkeit senken –
Frieden sichern:
Nicht ohne Gemeinschafts-
währung stabiler Staaten!**

markt und im globalen Finanzmarkt der jetzt 5,8 Milliarden Menschen auf Dauer nicht zu behaupten. Gegenwärtig finden pro Arbeitstag internationale Kapitalbewegungen im Umfang von 1 000 Mrd. US-Dollar statt; nur 2 Prozent entfallen davon noch auf die Finanzierung von Transaktionen im Güter- und Dienstleistungssektor. Das magische Dreieck – Freiheit des Kapitalverkehrs, autonome nationale Geldpo-

litik und damit stabile Wechselkurse – geht also lange schon nicht mehr auf. Der Deutsche Bundestag hat daher die Verträge beschlossen, die darauf zielen, Stabilitätspolitik in Europas Staaten zu sichern und die Einzelwährungen vom Störfaktor ihrer Schwankungen gegenüber dem Dollarkurs zu befreien. Solange das nicht gesichert ist, müssen unsere längst weltweit handelnden Firmen Geld zurücklegen gegen die Nachteile solcher Kursschwankungen, unter denen ihre Märkte, also ihre Arbeitsplätze, leiden (Daimler-Benz z. B.

me Markt von 400 Millionen Europäern ist erst dann ein wirklicher Heimatmarkt. Es wird dort gehandelt und investiert, wo es ohne die Unwägbarkeit von Währungskrisen sinnvoll ist. Nicht der Wechselkurs bestimmt dann die Wettbewerbsfähigkeit, sondern die realen Standortfaktoren sind maßgebend. Daher drängen alle, die diese Zusammenhänge kennen, auf die gemeinsame Währung im gemeinsamen Markt: Deutscher Sparkassenverband, Bundesverband der Deutschen Industrie, Deutscher Industrie- und Handelstag.

● Peter M. Mombaur:

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 1994, 1978 bis 1994 Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen und des nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindebundes

● Werner Langen:

Mitglied des Europäischen Parlaments seit 1994; 1983 bis 1990 Mitglied des rheinland-pfälzischen Landtags; von 1990 bis 1991 Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz

im ersten Halbjahr 1995 1,2 Mrd. DM Rückstellung, anstatt sie in neue Arbeitsplätze zu investieren).

Die letzte indirekte Aufwertung der D-Mark durch Währungsschwankungen kostete die deutsche Textilindustrie soviel wie eine 6prozentige Lohnrunde; die deutsche Arbeitsstunde hat sich in zwölf Monaten um reichlich 20 Prozent verteuert. Preise für europäische Märkte festzulegen hat Züge eines Glücksspiels. Die Geldvielfalt kostet uns also ständig Arbeitsplätze.

Seit dem Vertrag von Maastricht sind die Europäer in einen Stabilitätswettkampf eingetreten. Schlußstein der Stabilitätsgemeinschaft soll die Gemeinschaftswährung werden. Sie soll also wirtschaftliche Stabilität und Kraft belegen und die Einheit Europas kennzeichnen. Wichtig: Der wirtschaftlich so dringliche gemeinsa-

● Den Märkten folgen!

Die Nationalstaaten können auf weltweiten Märkten ihre eigentliche Aufgabe nicht mehr leisten: die Existenz des Staatsvolkes zu sichern. Unternehmen und Märkte haben einen Markt ohne Staat geschaffen. Mit der Währungsunion folgt Europa den Märkten. Europa holt sich verlorene Kompetenz zurück: gemeinsame Wechselkurse nach außen und gemeinschaftliche Besteuerungen nach innen sollen den gemeinschaftlichen Heimatmarkt sichern.

● Risiken abwägen – Frieden in Europa sichern!

Ein Leben ohne Risiko existiert nicht. Auch eine Gemeinschaftswährung hat Risiken, wie der Binnenmarkt an sich. Die Bedingungen, die für die Wechselkurse

maßgeblich waren (gleiches Zinsniveau, Orientierung an den gleichbleibenden Kaufkraftunterschieden) müssen dauerhaft bestehen. Für Schuldenpolitik wird es keine Belohnung geben. Das ist in den Verträgen bereits angelegt: Kein Mitglied haftet für Verbindlichkeiten anderer, Eigenmittel der Union werden einstimmig entschieden; der EU-Haushalt darf keine Kredite aufnehmen; es gibt einen zwischenstaatlichen Finanzausgleich. Im übrigen dürften die Finanzmärkte unsolide Finanzpolitik mit Risikoprämien in Form höherer Zinssätze ahnden. Zusatzvereinbarungen der Teilnehmer müssen die Stabilitätsgemeinschaft gleichwohl noch verbessern durch automatisch wirkende fühlbare Sanktionen für den Fall der Schuldenpolitik.

Zudem ist die Stellung der unabhängigen Europäischen Zentralbank gegenüber 15, daher schwächeren Fiskalpolitikern der Mitgliedsländer relativ stark. Es bestehen beste Aussichten, nach innen wie nach außen. Daher wollen ja auch alle EU-Mitgliedstaaten von Anfang an dabei sein, ein Stabilitätswettbewerb hat bereits vor Jahren eingesetzt.

Viel wahrscheinlicher und konkreter wären allerdings die Risiken und Gefahren, wenn es nicht zur Währungsunion käme. Das wäre ein Signal von größter Sprengkraft: Weg von der Stabilitätspolitik im Binnenmarkt, Renationalisierung im Binnenmarkt, Fortsetzung der jeweils zu kleinen Teilmärkte. „Abwertungswettläufe, Protektionismus, Renationalisierung der Wirtschaftspolitik, Deflation, wenn nicht gar

Depression. Das wäre ein Rückfall in die dreißiger Jahre.“ (Roman Herzog)

Ob nun D-Mark-Nationalismus oder anderer Nationalismus: „Nationalismus ist Krieg“ (Mitterrand), ein politisches Desaster und Vertragsbruch. Für Deutschland geht es darum: Die Abkehr von jahrhundertelanger Schaukelpolitik beizubehalten und die von allen politischen Parteien seit 1945 beschworene Zuverlässigkeit gegenüber den europäischen Freunden zu leben. Für Europa geht es also primär um Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert (Kohl). Wie 1949, als Jean Monnet die Gemeinschaft für Kohle und Stahl vorschlug und Schuman und Adenauer sie durchsetzten, ist die Gemeinschaft von Wirtschaft und Währung der Weg, die Gemeinschaft im Frieden das Ziel.

● Vertrauen schaffen – umfassend aufklären

Viele Deutsche haben große Bedenken gegenüber der Währungsunion – vor allem aus Unkenntnis und wegen mangelnder Information –, verstehen die technischen Einzelheiten nicht, zweifeln an den Vorteilen der Währungsunion, fürchten um ihre Ersparnisse und ihre Alterssicherung und sehen erhebliche Inflationsgefahren in der Zukunft.

Vertrauen schaffen und Informationen vermitteln, das ist eine dringende Aufgabe für Politik, Banken und Presse.

Nur wenn die Mehrheit der Menschen in Deutschland die gemeinsame Währung mitträgt oder wenigstens versteht, wird sie erfolgreich sein können.

Siehe auch Seite 14: Waigel richtet Arbeitsstab für Währungsunion ein.

Und Seite 15: Bundesfachausschuß Europapolitik unterstützt Theo Waigels Stabilitätspakt für Europa.

Eine Bilanz, die sich sehen lassen kann

Mit 65 Mitgliedern ist die Gruppe der ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten eine der zahlenmäßig stärksten Gruppierungen im Deutschen Bundestag und in allen wichtigen parlamentarischen Gremien präsent. Die inhaltliche Arbeit wird über die 23 Berichterstatter „Aufbau Ost“ koordiniert, welche in fünf Arbeitskreisen zusammenarbeiten.

Wesentliche Eckpunkte dieser inhaltlichen Arbeit wurden in den beiden Berliner Klausurtagungen der Gruppe am 4./5. Mai und 25. September 1995 fixiert. Der Arbeitsstand bei der Umsetzung dieser Eckpunkte stellt sich wie folgt dar:

Jahressteuergesetz 1996

- Verlängerung der sog. Mittelstandszulage nach dem Investitionszulagengesetz in Höhe von 10 Prozent für kleine und mittlere Betriebe des verarbeitenden Gewerbes und des Handwerks in den neuen Ländern bis mindestens Ende 1998.
- Einbeziehung des innerstädtischen Einzelhandels in diese Zulage.
- Fortsetzung der 5prozentigen Investitionszulage für das verarbeitende Gewerbe bis mindestens 1998.
- Fortsetzung der Sonderabschreibungen für betriebliche Ausrüstungsinvestitionen, eigenbetrieblich genutzte gewerbliche Bauten im verarbeitenden Gewerbe sowie für Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden, für gewerbliche Bauten in anderen Bereichen sowie für den Wohnungsneubau im übrigen auf reduziertem Niveau bis mindestens 1998.

Im Wohnungsbau wird zusätzlich das Kumulierungsverbot bei gleichzeitiger Inanspruchnahme von Förderprogrammen der Länder und der Kreditanstalt für Wiederaufbau aufgehoben.

- Einbeziehung des Westteils von Berlin in wichtige Teile der Investitionszulagen- und Sonderabschreibungsregelungen.
- Befristete Ausdehnung der steuerneutralen Wiederanlage betrieblicher Veräußerungsgewinne auf den Erwerb von Anteilen an mittelständischen Kapitalgesellschaften in den neuen Ländern bzw.

Von Paul Krüger, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Kapitalgesellschaften, die sich an mittelständischen Unternehmen in den neuen Ländern beteiligen.

- Befristete Einführung der Förderung von langfristig gebundenem Beteiligungskapital über eine Kapitalsammelstelle mit einem jährlichen Gesamtplafond von 500 Mio DM Kapitalsumme.
- Befristete Anhebung der Grenze, ab der Umsatzsteuer erst nach Bezahlung der erbrachten Leistung abzuführen ist, von 250.000 auf 1 Mio DM.
- Gewerbekapitalsteuer wird für die neuen Länder für ein weiteres Jahr ausgesetzt; eine durchgreifende Reform, welche den Ost-Kommunen überhaupt erst den Zugriff auf entsprechende Umsatzsteueranteile eröffnen würde, muß jedoch noch ge-

gen den Widerstand der SPD durchgesetzt werden. Entsprechende Verhandlungen laufen zur Zeit.

- Verlängerung der Aussetzung der Vermögenssteuer in den neuen Ländern bis Ende 1998.

- Die Befreiung der Kommunen der neuen Bundesländer von der Pflicht zur Zahlung von Grunderwerbssteuer für die Übernahme von ehemaligem Volkseigentum wurde verlängert.

Wirtschaftspolitik

- Eine ostspezifische Sonderförderung für die neuen Länder im Rahmen des Eigenkapitalhilfeprogramms der Deutschen Ausgleichsbank wurde durch Anhebung des Verpflichtungsrahmens abgesichert

- Die bedarfsgerechte Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in den neuen Ländern wurde abgesichert. Das Investitionsvorranggesetz wurde bis zum 31. 12. 1999 verlängert.

- Zur Überführung der bisher in den NL bergfreien Bodenschätze (Kiese, Sande und Gesteine) in grundeigene Bodenschätze fand am 4.12. eine Anhörung im Wirtschaftsausschuß mit im wesentlichen positiven Ergebnissen statt.

- Die Präferenzregelungen für Unternehmen aus den neuen Ländern sollen in

ten Ausschreibungen und freihändigen Vergaben geeignete Ost-Unternehmen, die jeweils durch die Auftragsberatungsstellen der neuen Länder zu benennen sind, zur Abgabe von Angeboten aufzufordern.

Forschungs- und Bildungspolitik

- Die Ansätze zur Förderung der Industrieforschung bei BMBF und BMWi wurden um insgesamt über 100 Mio DM aufgestockt.

- Zur Forschungsförderung in den neuen Ländern und insbesondere zur Vorbereitung einer steuerlichen Forschungsförderung wurde eine Fraktionssonderarbeitsgruppe eingerichtet.

Das Sonderprogramm zur Schließung der Lücke an Ausbildungsplätzen in den neuen Ländern wurde erfolgreich durchgeführt.

- In den neuen Ländern wird nach der jüngsten Vereinbarung der Kultusminister ein Abitur nach 12 Schuljahren auch weiterhin möglich bleiben.

- Das erste gesamtdeutsche Hochschulsonderprogramm mit einer Sonderförderung für die Hochschulen in den neuen Ländern befindet sich in der Schlußabstimmung zwischen Bund und Ländern.

Verkehrspolitik

- Die Einräumung höchster Priorität für die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit wurde von der Bundesregierung zugesichert.

- Die Förderung des Fernstraßenbaus in den neuen Ländern wird im Vergleich zum Regierungsentwurf um rund 100 Mio DM aufgestockt.

- Die Verlängerung des Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes ist erfolgt.

Jahresbilanz 1995
der Gruppe
der ostdeutschen Abgeordneten
in der CDU/CSU-Fraktion

Form einer Ausdehnung des sog. Zubenennungserlasses fortgesetzt werden. D. h., die Auftraggeber der öffentlichen Hand werden verpflichtet, bei allen beschränk-

Kulturpolitik

- Im Bundeshaushalt 1996 ist ein neues Bund-Länder-Programm zur Substanzsicherung von Schlössern und Kirchen eingeplant.

Kommunale Altschulden

- Die Positionen von Bund, Ländern und Kommunen haben sich erheblich angenähert; ein Kompromiß, wie von den CDU-Ostabgeordneten stets eingefordert, erscheint inzwischen realistisch.

Sportförderung

- Bei der Neuregelung der Sportförderung des Bundes werden die guten Leistungen ostdeutscher Sportler und das hervorragende Nachwuchspotential berücksichtigt.

Rentenüberleitung

- Ein eigenständiger Antrag der ostdeutschen Abgeordneten wurde in erster Lesung im Plenum debattiert; die Ost-Ministerpräsidenten haben sich unserer Position inzwischen weitgehend angenähert.

Aufarbeitung der DDR-Geschichte

- Es wird keine vorzeitige Amnestie für SED-Unrecht geben – trotz anderslautender Forderungen aus den Reihen der Opposition.
- Der uneingeschränkte Zugang zu Stasi-Unterlagen bleibt erhalten.
- Die Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte ist erneut eingesetzt.
- Die Prüfung der Effizienz des 1. und 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes ist eingeleitet.

Mietenüberleitung

- Die Einführung des Vergleichsmietensystems in den neuen Ländern erfolgte im Konsens mit den Landesregierungen sowie mit Mieter- und Vermietersverbänden. Diese Umstellung wurde durch eine Verlängerung des Sonderwohngeldes Ost zunächst bis zum 31. 12. 1996 begleitet.

Wohneigentumsförderung

- Die Neuregelung der steuerlichen Wohneigentumsförderung wird auf vom Einkommen unabhängige Zulagen umgestellt. Damit stehen sich Familien mit kleinem und mittlerem Einkommen deutlich besser als bisher. Dies kommt besonders ostdeutschen Familien zugute.
- Die Zulage für Erwerb oder Sanierung von Altbauten wird auf einen Grundbetrag von 2.500 DM pro Jahr angehoben. Dies ist für die Privatisierung des Bestandes von Wohnungsgesellschaften und für die Sanierung von Altbauten ein wichtiger Fortschritt.
- Zur Absicherung des bei aller staatlichen Förderung stets notwendigen Eigenkapitals wird ein spezielles Bürgschaftsprogramm für die neuen Länder geschaffen.
- Die Zuschüsse für Mieter beim Wohnungserwerb von Wohnungsgesellschaften wurden zeitlich begrenzt verlängert.
- Fehlerhafte Vermögenszuordnungen auf kommunale Wohnungsbaugesellschaften wurden per Gesetz geheilt.

Private Vermögensbildung

- Durch gespreizte Fördersätze soll das Defizit an privater Vermögensbildung in den neuen Ländern verringert werden. Insbesondere soll die Arbeitnehmersparzula-

Waigel richtet Arbeitsstab für Währungsunion ein

Zur Umsetzung der Beschlüsse des Europäischen Rates vom 15./16. Dezember 1995 in Madrid erklärte der Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Jürgen Stark:

Der Europäische Rat hat das Szenario für den Übergang zur 3. Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) am 1. Januar 1999 festgelegt. Jetzt haben die Bürgerinnen und Bürger, die Kreditinstitute und Unternehmen Klarheit, wie der Übergang erfolgen wird. Grundsatz der Umstellung ist: Es werden lediglich die Beträge von D-Mark auf Euro umgestellt. Die Zahlen ändern sich, aber der Wert bleibt gleich. Alle Verträge und sonstigen Leistungsverhältnisse bleiben ohne Einschränkung gültig.

Jetzt geht es um die notwendigen rechtlichen Regelungen, die auf europäischer und nationaler Ebene zu verabschiedet sind. Zugleich muß die öffentliche Verwaltung auf allen Ebe-

nen die notwendigen Vorbereitungen für die Einführung des Euro treffen.

Noch vor dem Treffen des Europäischen Rates in Madrid hat Bundesfinanzminister Theo Waigel deshalb einen Arbeitsstab „Europäische Wirtschafts- und Währungsunion“ gebildet. Aufgabe des Arbeitsstabs ist die Steuerung der erforderlichen Maßnahmen zur rechtlichen und administrativen Umsetzung der Wirtschafts- und Währungsunion. Zu diesem Zweck arbeitet der Arbeitsstab eng mit den anderen Bundesministerien und mit noch zu bestimmenden Vertretern der Länder zusammen. Sämtliche Bundesministerien haben ihrerseits Ansprechpartner zu Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion benannt. Der Arbeitsstab wird von Ministerialdirigent **Michael Röskau** geleitet und untersteht meiner direkten Aufsicht als dem für Währungsfragen innerhalb der Bundesregierung zuständigen Staatssekretär.

ge auf 15 Prozent gegenüber 10 Prozent im sonstigen Bundesgebiet erhöht werden. Daneben sollen Arbeitgeber künftig 500 DM gegenüber 400 DM im Westen ihren Arbeitnehmern steuer- und sozialabgabefrei übertragen können, wenn diese den Betrag im Unternehmen belassen.

● Die Möglichkeiten einer Eigentumsförderung in Zusammenhang mit offenen Vermögensfragen, insbesondere durch Verbesserung des Investitionsvorrags und Absicherung von Erwerbern vor den Folgen leichter zivilrechtlicher Mängel werden fachlich abgeklärt.

Haushalt 1996

● Zu allen fünf in der Klausur hervorgehobenen Schwerpunkten (Eigenkapitalsituation der Unternehmen, Industrieforschung, Wohneigentumsförderung, Verkehrsinfrastruktur und Denkmalsicherungsprogramm) wurden deutliche Verbesserungen im Vergleich zum Regierungsentwurf erzielt.

Föderalismuskommission

● Die Fortsetzung der Tätigkeit der Föderalismuskommission zur Begleitung der Verlagerung von Bundeseinrichtungen in die neuen Länder ist auf gutem Wege. ■

Bundesausschuß Europapolitik unterstützt Theo Waigels Stabilitätspakt für Europa

Der Bundesausschuß Europapolitik der CDU hat unter seinem Vorsitzenden Günter Rinsche MdEP, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, auf seiner Sitzung folgenden Beschluß gefaßt:

1. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion ist erforderlich zur künftigen Sicherung von Wohlstand und Beschäftigung sowie eines dauerhaften Friedens. Sie kann einen Beitrag leisten zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen, zur Stabilisierung des Weltwährungssystems und zur Sicherung europäischer Unternehmen gegen Währungsschwankungen innerhalb der Europäischen Union. Die Wirtschafts- und Währungsunion trägt zur langfristigen Sicherheit der Sparguthaben der Bürger und zur Preisstabilität bei und führt zum Wegfall der Umtauschkosten.

2. Voraussetzung für diese positiven Auswirkungen ist die Stabilität der zukünftigen europäischen Währung. Die Stabilität der Währung ist eine unverzichtbare Voraussetzung für den Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft in der Europäischen Union.

3. Darum ist es unbedingt erforderlich, daß die strengen Kriterien des Maastrichter Vertrages nicht nur vor, sondern auch nach dem Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion dauerhaft eingehalten werden.

Es muß sichergestellt werden, daß im Jahr 1999 nur diejenigen Länder einen Sitz im

Zentralbankrat der Europäischen Union erhalten, welche die Kriterien des Vertrages ohne Einschränkungen erfüllen.

4. Im Maastrichter Vertrag ist vorgesehen, daß die Verfahren über die multilaterale Überwachung und die übermäßigen Defizite fortgesetzt und daß die Möglichkeit besteht, bei einer nachhaltigen Verletzung des Vertrages Geldbußen in angemessener Höhe zu verhängen.

Keine Vertragsänderung

Die CDU ist der Auffassung, daß die langfristige Einhaltung der Stabilitätskriterien ohne Änderung des Maastrichter Vertrages durch eine zusätzliche Durchführungsvereinbarung gesichert werden soll. Sie unterstützt daher die Vorschläge von Finanzminister Waigel für einen "Stabilitätspakt für Europa", der insbesondere automatische Sanktionen im Falle eines Vertragsbruches vorsieht.

5. Die CDU fordert die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union auf, bei dem Gipfeltreffen in Madrid den vom Europäischen Währungsinstitut in Frankfurt/Main für die Einführung der Europäischen Währung vorgeschlagenen Zeitplan zu bestätigen, die Einhaltung der festgelegten Kriterien vor und nach dem Beginn der Währungsunion zu bekräftigen und eine endgültige Entscheidung in Bezug auf den Namen der zukünftigen europäischen Währung zu fällen.

Ezer Weizman dankt Deutschland für Freundschaft und Zusammenarbeit

„In Ihrem Wissen um die Vergangenheit Ihre Sinne auch auf die Zukunft richten, jede Regung des Rassismus wahrnehmen und jede Regung des Neonazismus zer schlagen“ – mit dieser Bitte wandte sich der israelische Staatspräsident Ezer Weizman an die Abgeordneten des Bundestages und des Bundesrates in seiner viel beachteten Rede am 16. Januar vor dem Deutschen Bundestag.

„Bewegende Worte“ schreibt die „Kölnische Rundschau“ vom 17. Januar über ihren Kommentar zur Rede Weizmans und sieht die „Schatten der Vergangenheit weiter wirksam“:

Normalität wie im Verhältnis zu Paris oder – langsam beginnend – zu Warschau ist nicht eingekehrt, konnte es auch nicht. Zwar wurden Polen und Franzosen ebenso Opfer des Wahns Adolf Hitlers und seiner Helfershelfer. Auch sie mußten Leid und Zerstörung ertragen. Doch der politisch gewollte und beschlossene, bürokratisch bis in die Details perfekt geplante und schließlich im industriellen Stil durchgeführte Völkermord an Juden hat eine weitergehende Qualität. Zwar gibt es keine Opfer erster und zweiter Klasse: Der Unterschied liegt jedoch in Absicht, Handlung und Schuld der Täter.

Kölnische Rundschau

Als „Stete Mahnung“ hat die „Westdeutsche Allgemeine“ vom 17. Januar die Worte Weizmans bezeichnet:

Man muß es sich wohl immer von neuem vor Augen führen, was es für einen Juden bedeutet, Deutschland zu besuchen oder sogar in Deutschland zu leben. Präsident Weizman hat diesen bedrückenden Gefühlen mit bewegenden Worten Ausdruck

verliehen. Dazu kann man eigentlich nur schweigen, in Respekt und in Scham.

Westdeutsche Allgemeine

„Zu dem Bewegendsten, was dort je gesagt wurde“, rechnet die „Frankfurter Neue Presse“ vom 17. Januar die Rede Weizmans in Bonn:

Sie war eine Charakterisierung des Judentums, von seinen Quellen in der Vorzeit durch Grauen, Freude, Kriege und Völkermord bis zu diesen Tagen, in denen die Juden zum erstenmal ein Land ihr eigen nennen. Es war eine Rede, von tiefer Religiosität ebenso geprägt wie von einem unwiderstehlichen Glauben an die Zukunft und von dem weisen politischen Pragmatismus seines Volkes.

Frankfurter Neue Presse

Wie – ganz unabhängig voneinander – eine Reihe von Rundfunk- und Fernsehkommentatoren der Rede des israelischen Staatspräsidenten „Poesie“ bestätigen, spricht auch „Die Welt“ vom 17. Januar von einer „sehr poetischen, gefühlvollen Rede“ und beginnt wohl deshalb auch ihren Kommentar mit Weizmans eigenen Worten:

„Mein Herz ist schwer, voller Zorn und Trauer“, schrieb der israelische Staatspräsident Ezer Weizman ins Gästebuch des ehemaligen KZ Sachsenhausen. Und in seiner sehr poetischen, gefühlvollen Rede im Bundestag kleidete er diesen Gedanken in die Worte: ‚Nicht leicht ist es für mich, in diesem Lande zu sein, die Erinnerungen zu hören und die Stimmen, die zu mir von der Erde schreien.‘ Denn: ‚Erst fünfzig Jahre, ein Augenblick in der langen Geschichte meines Volkes, sind seit dem Ende des schrecklichen Krieges bis auf den heutigen Tag vergangen.‘

Die Welt

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Aschermittwochs pflegen im Bildungszentrum Schloß Eichholz Veranstaltungen eröffnet zu werden, in deren Mittelpunkt Fragen des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege stehen.

Das Angebot in diesem Jahr:

Veranstaltung Nr. 38

Denkmalschutz und Denkmalpflege in Deutschland – Leistungen und Herausforderungen

Eichholzer Forum

21. bis 24. Februar

Hauptthemen:

- Vom Kantgrab in Königsberg bis zu Terrakotten in Estland – Projekte des Deutschen Zentrums für Handwerk und Denkmalpflege
- Denkmalpflege und auswärtige Kulturpolitik – Die „Kulturerhalt“-Projekte des Auswärtigen Amtes
- Denkmalschutz und Denkmalpflege in Deutschland – Grundfragen und drängende Probleme
- Über den Umgang mit historischer Bausubstanz – Erfahrungen im kirchlichen Bereich
- Denkmalpflege in Rheinland-Pfalz: Die Stadtmauer in Oberwesel
- Denkmalpflege in Brandenburg: Der jüdische Friedhof und das Mar-moralais in Potsdam
- Denkmalpflege in Nordrhein-Westfalen: Schloß Rheda, Denkmalpflege in privater Hand

● Das „Sofortprogramm“ der Deutschen Bundesstiftung Umwelt zur Rettung national wertvoller Kulturgüter in den neuen Bundesländern – Ein Zwischenbericht

Vorgesehen sind die Besichtigung von Werkstätten des Rheinischen Amtes für Denkmalpflege (Abtei Brauweiler), ein Aufenthalt in der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland mit Besuch der Ausstellung „Im Lichte des Halbmonds – Das Abendland und der türkische Orient“ sowie zahlreiche Gespräche in Arbeitsgruppen.

Die Zusagen namhafter Referentinnen und Referenten liegen vor. So z. B. von Generalkonservator Prof. Dr. M. Petzet, Leiter des Bayerischen Amtes für Denkmalpflege, Vorsitzender der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland.



Improvisierte Ausstellung eines Teilnehmers aus Sachsen während des letzten Forums

Foto:
Harald Odehnal

Weitere Informationen/Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Bildungszentrum
Schloß Eichholz
Postfach 1331
50387 Wesseling
Fax: (0 22 36) 7 07-4 13

Arbeitsplätze im Haushalt

Zukunftsorientierte Dienstleistungen

Die Präsidentin des Deutschen Landfrauenverbandes und Europaabgeordnete Hedwig Keppelhoff-Wiechert sieht einen wachsenden Markt für Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich. Immer mehr Familien, Alleinerziehende oder ältere Menschen mit durchschnittlichem Einkommen haben Bedarf an kontinuierlicher oder phasenweiser Unterstützung im Haushalt.

Dafür müssen jedoch Rahmenbedingungen geschaffen werden, die sowohl Arbeitnehmerinnen als auch Arbeitgebern und Arbeitgeberinnen zugute kommen. Wichtigster Schritt ist nach Ansicht von Hedwig Keppelhoff-Wiechert eine Verbesserung der steuerlichen Absetzbarkeit von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in Privathaushalten.

Zur Zeit arbeiten viele Frauen in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen im Privathaushalt. Dabei sind längst nicht alle (z.B. über ihren Ehemann) im Alter angemessen abgesichert. Altersarmut ist jedoch ein Problem, das ernstgenommen werden muß. Um Frauen in hauswirtschaftlichen Arbeitsverhältnissen eine soziale Absicherung zu ermöglichen, setzt sich der Deutsche Landfrauenverband (DLV) für die steuerliche Absetzbarkeit von Hausangestellten ein.

Anstoß zu mehr Arbeit

Hedwig Keppelhoff-Wiechert MdEP erwartet von einer steuerlichen Absetzbarkeit von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in Privathaushalten einen beschäftigungsfördernden Impuls zugunsten von Frauenarbeitsplätzen und eine Anerkennung hauswirtschaftlicher Er-

werbstätigkeit. Sie fordert die Bundesregierung auf, in diesem Bereich gesetzgeberisch aktiv zu werden.

In diesem Kontext existieren bereits Modelle. So wurden z.B. Dienstleistungsagenturen oder Service-Stationen eingerichtet, die als Arbeitgeber agieren und Haushaltshilfen oder Hauswirtschaftlerinnen als sozialversicherungspflichtige Angestellte „behaushalten“. Einige Mitgliedsorganisationen des DLV sind Träger von Servicestationen, die gegenwärtig

**Hedwig Keppelhoff-Wiechert
MdEP fordert verbesserte
Rahmenbedingungen
für Arbeitnehmer-
und Arbeitgeberseite.**

erste Erfahrungen mit der Vermittlung hauswirtschaftlicher und pflegerische Dienstleistungen sammeln.

Eine weitere Möglichkeit bietet der sogenannte Dienstleistungsscheck. Der Dienstleistungsscheck dient als Arbeitsvertrag und vor allem als Instrument der Anmeldung bei der Sozialversicherung. Erfahrungen dazu werden derzeit in Frankreich gesammelt. In diesem Modell werden Personen, die für familienbezogene Beschäftigung eingestellt werden, erfaßt. Die bei unterschiedlichen Arbeitgebern verrichteten Arbeitsstunden werden in den Dienstleistungsscheck eingetragen. Alle Arbeitsstunden sind danach sozialversicherungspflichtig. Der Arbeitgeber zahlt für diejenigen Stunden Sozialbeiträge, die die Angestellte für ihn gearbeitet hat.

Der Erfolg neuer Produkte hängt auch von der Schnelligkeit ab, mit der sie eingeführt werden

Das Bundeskabinett hat am 11. Januar den von Bundesinnenminister Manfred Kanther vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren (Genehmigungsvereinfachungsbeschleunigungsgesetz) beschlossen, mit dem die Dauer von Genehmigungsverfahren verkürzt wird.

Der Entwurf knüpft an die Ergebnisse der Koalitions- und Ressortarbeitsgruppe an, die dem Kabinett am 29. Juni 1995 ihren Bericht über Maßnahmen zur Vereinfachung und Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren vorgelegt hat.

Änderungen im Einzelnen:

In dem Gesetz sind u. a. folgende Änderungen des Verwaltungsverfahrens vorgesehen, die vereinfachende und beschleunigende Wirkung haben:

- Beschränkung der Folgen von Verstößen gegen Verfahrens- oder Formvorschriften,
- Straffung des Planfeststellungsverfahrens durch die Einführung von Fristen und Präklusionsregelungen im Anhörungsverfahren,
- Einführung eines wesentlich einfacheren Plangenehmigungsverfahrens statt des aufwendigen Planfeststellungsverfahrens für einfach gelagerte Fälle und
- Abmilderung der Auswirkung von Abwägungsmängeln im Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren.

Das Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, wird nunmehr dem Parlament zur Beratung zugeleitet.

Hierzu erklärte Bundesinnenminister **Manfred Kanther**: „Durch das vorgesehene Gesetz wird ein wichtiger Beitrag zur Sicherung des Standortes Deutschland geleistet. Im internationalen Wettbewerb um Investitionen ist die Dauer von Genehmigungsverfahren ein wesentlicher Faktor. Der Erfolg neuer Produkte hängt auch von

Bundesinnenminister Manfred Kanther: „Die Verkürzung von Genehmigungsverfahren ist ein wichtiger Beitrag für den Standort Deutschland und zum Schlanken Staat.“

der Schnelligkeit ab, mit der sie eingeführt werden. Eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren wird die Attraktivität des Standortes Deutschland für Investitionen erhöhen.

Wichtiger Mosaikstein

Außerdem ist der Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren ein wichtiger Beitrag zum Schlanken Staat. Er macht das Verwaltungsverfahren insbesondere bei Genehmigungen und Planfeststellungen effizienter und führt zu einer leistungsfähigeren Verwaltung.

Rechts- und Verwaltungsvereinfachung ist eine Daueraufgabe. Das Genehmigungs-gesetz ist ein wichtiger Mosaikstein zu diesem Werk.“

Asylbewerberzahlen für 1995

Die geltende Neuregelung hat sich bewährt

Im gesamten Jahr 1995 haben 127.937 Personen beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge Asyl beantragt. Dies entspricht in etwa der Vorjahreszahl (1994: 127.210).

Im Monat Dezember 1995 waren es 10.400 Personen (Vormonat November 1995: 13.153). Dies bedeutet einen Rückgang gegenüber dem Vormonat um 2.753 Personen (20,9 Prozent).

Der Zugang von Asylbewerbern aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien ist gegenüber 1994 um 16,7 Prozent (6.570 Personen) gesunken, während die Zahl der Personen aus der Türkei um 33,5 Prozent (6.396 Personen) zugenommen hat. Die erhebliche Steigerung von Asylbewerbern aus der Türkei dürfte auch auf die Diskussion über Abschiebestoppregelungen im Frühjahr 1995 zurückzuführen sein.

Aus den Staaten Ost- und Südosteuropas kamen 1995 insgesamt 41.894 Asylbewerber (32,7 Prozent aller Asylbewerber). Der Anteil der Europäer an der Gesamtzahl der Asylbewerber betrug 1995 52,7 Prozent (67.411 Personen).

32.711 Asylbewerber stammten 1995 aus dem ehemaligen Jugoslawien (Vorjahr: 39.281). Davon kamen 1.051 aus Makedonien (Vorjahr: 1.038), 487 aus Kroatien (Vorjahr: 539), 14 aus Slowenien (Vorjahr: 4), 4.932 aus Bosnien-Herzegowina (Vorjahr: 7.296) und 26.227 aus der BR Jugoslawien (Vorjahr: 30.404).

Das Bundesamt hat 1995 über die Anträge von 200.188 Personen entschieden. Als

Asylberechtigte anerkannt wurden 18.100 Personen (9 Prozent). Abschiebeschutz nach § 51 Abs. 1 des Ausländergesetzes erhielten 5.368 Personen (2,7 Prozent). Abgelehnt wurden die Anträge von 117.939 Personen (58,9 Prozent). Sonstwie erledigt wurden die Anträge von 58.781 Personen (29,4 Prozent).

Die Zahl der Personen, über deren Anträge das Bundesamt noch nicht entschieden hat, betrug Ende 1995 82.642.

Bei den Gerichten waren Ende August 1995 (neuere Angaben liegen noch nicht vor) noch rd. 190.000 Asylstreitigkeiten anhängig, von denen rd. 277.000 Personen betroffen waren.

Entwicklung bei einzelnen Herkunftsländern

Der Anteil der Asylbewerber aus den Staaten Ost- und Südosteuropas hat 1995 im Vergleich zu den Vorjahren abgenommen. 1993 kamen noch 66,2 Prozent (213.558 Personen) aller Asylbewerber aus diesen Staaten. 1994 waren es immerhin noch 45,6 Prozent (58.043 Personen). 1995 ist der Anteil auf 32,7 Prozent (41.894 Personen) gesunken.

Wie schon in den Jahren zuvor, bildeten die Asylbewerber aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien auch 1995 die stärkste Gruppe. Insgesamt kamen 32.711 Asylbewerber aus diesen Staaten. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Asylbewerber beträgt 25,6 Prozent.

Abschiebungen und freiwillige Ausreisen

Die Länder haben bisher rd. 18.500 Abschiebungen ehemaliger Asylbewerber im Jahr 1995 gemeldet. Die Meldungen sind allerdings noch unvollständig. Für Dezember liegen noch keine und für November nur vereinzelte Angaben vor. Manche Länder müssen noch für mehrere Monate nachmelden. Daher wird sich die Zahl der Abschiebungen noch deutlich erhöhen. Die Zahlen von 1994 (36.183) und 1993 (36.165) dürften indes kaum erreicht werden. Auch hier zeigen sich die unerfreulichen Auswirkungen fortdauernder Auseinandersetzungen um die konsequente Anwendung des neuen Asylrechts.

Zur Zahl der kontrollierten freiwilligen Ausreisen ehemaliger Asylbewerber liegen bisher nur wenige Angaben der Länder vor. Erfahrungsgemäß entspricht diese Zahl in etwa der Zahl der Abschiebungen.

Hinzu kommt noch eine unbekannte Zahl ehemaliger Asylbewerber, die ohne staatliche Kontrolle ausgereist sein können, so daß für die Behörden unklar ist, ob sie Deutschland verlassen haben oder untergetaucht sind. Für eine zuverlässige Schätzung dieser Zahl liegen keine ausreichenden Anhaltspunkte vor.

Hierzu erklärte Bundesinnenminister Manfred Kanther:

Die Asylbewerberzahlen für das Jahr 1995 verdeutlichen, daß sich die seit dem 1. Juli 1993 geltende Neuregelung des Asylrechts bewährt und zu einer positiven Entwicklung geführt hat. Der Zustrom von Asylbewerbern ist damit nach 438.191 Asylbewerbern im Jahre 1992, 1993: 322.599, 1994 127.210 auf 127.937 im Jahre 1995 um $\frac{2}{3}$ zurückgegangen.

Die drei Eckpfeiler des Asylkompromisses – Drittstaatenregelung, Herkunftsstaatenregelung und Flughafenregelung – haben

sich als wirksam erwiesen. Im Zusammenwirken mit effizienten Grenzkontrollen sichern sie die Wirksamkeit der Asylrechtsneuregelung.

Insbesondere das Konzept der sicheren Drittstaaten ist überzeugend und muß erhalten bleiben. Dieses Konzept entspricht europäischem Standard und wird von mehreren Mitgliedstaaten der Europäischen Union angewandt. Allein schon durch ihre Existenz hat die Drittstaatenregelung mit der Möglichkeit der Grenzabweisung maßgeblich zu dem festgestellten Rückgang der Asylbewerberzahlen beigetragen.

Trotz starker Verringerung ist die Zahl derjenigen, die Monat für Monat in Deutschland Asyl beantragen, noch immer zu hoch. Es muß alles getan werden, um sie weiter zu verringern. Verglichen mit den Zahlen der Nachbarländer trägt Deutschland nach wie vor bei weitem die Hauptlast. Es bleibt eine wichtige Aufgabe, in gutem Einvernehmen mit allen Mitgliedstaaten der EU eine für alle annehmbare Lösung zu finden, die zu einer gerechten Lastenverteilung führt.

Das Schlepperunwesen hat nach wie vor eine beunruhigende Größenordnung und einen hohen Anteil am Zustrom unberechtigter Asylbewerber. Schlepperorganisationen müssen weiterhin unnachsichtig bekämpft werden. Am wirksamsten geschieht das, wenn auch in der Herkunftsländern deutlich sichtbar wird, daß es schwierig ist, unerkannt über die Grenze nach Deutschland zu gelangen, daß ein unberechtigter Aufenthalt ein schnelles Ende findet und deshalb Schlepperlöhne die getäuschten Menschen nur ärmer machen.

Eine zügige Abwicklung der anhängigen Asylverfahren ist dabei besonders wichtig. Intensive Bemühungen des Bundesamtes, die Dauer anhängiger Asylverfahren zu verkürzen, werden dazu beitragen, nach

Nur konsequentes Handeln gewährleistet den Erfolg des Asylkompromisses

Der Asylkompromiß vom 6. Dezember 1992 hat zu einem starken Rückgang von Asylbewerbern geführt. Im Oktober 1992 hatten wir 50.000 Asylbewerber im Monat, jetzt zwischen 10.000 und 12.000. Der Asylkompromiß kann aber nur erfolgreich sein, wenn er konsequent angewendet wird.

Einige SPD-regierte Länder haben eigenmächtig einen Abschiebestopp für sogenannte „Altfälle“, das sind abgelehnte Asylbewerber, die schon mehrere Jahre in Deutschland leben, erlassen und damit den Weg des geltenden Rechts verlassen. Ihre Begründung, wonach ein solches Verfahren einem Gesetzesvorschlag des Bundesrats entspricht, trägt nicht.

Eine bloße Gesetzesinitiative kann nicht Grundlage einer solchen Maßnahme sein, ganz abgesehen davon, daß der Vorschlag angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag keine realistische Chance zur Verwirklichung hat.

Die geplanten Altfallregelungen sind ein völlig falsches Signal an Schlepperbanden und Zuwanderungswillige im Ausland. Mit der alleinigen Anknüpfung an einen mehrjährigen Aufenthalt würden ohne Grund besonders trickreiche und prozeßtüchtige Asylbe-

werber belohnt und Schlepperbanden zu weiteren kriminellen und menschenverachtenden Taten ermuntert. Wenn der Eindruck entsteht, daß es lediglich darauf ankommt, Deutschland

Von Bundesinnenminister Manfred Kanther

als Asylbewerber zu erreichen und dann bereits ein langfristiger, ja vielleicht sogar ein Daueraufenthalt gesichert ist, sind die Folgen unabsehbar.

Auch würde eine Grundregelung des Flüchtlingsrechts mißachtet, wonach es auf die Verhältnisse im Herkunftsland und nicht auf die Verhältnisse im Gastland ankommt. Welchen Sinn hat unser aufwendiges Asylverfahren, wenn letztendlich auch diejenigen bleiben dürfen, die keinen festgestellten Rechtsanspruch auf Asyl haben, aber es geschafft haben, ihr Verfahren hinauszuzögern?

Die Aufnahme von Flüchtlingen in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere der Schutz der tatsächlich politisch Verfolgten, kann nur dann auf Dauer das notwendige Verständnis in der Bevölkerung finden, wenn zugleich klar dokumentiert wird, daß unbegründete Asylbegehren letztlich nicht zu einem Daueraufenthaltsrecht führen.

einem negativen Abschluß eine schnelle Aufenthaltsbeendigung zu ermöglichen und den Anreiz für eine illegale Zuwanderung nach Deutschland weiter zu verringern.

Die tatsächliche Aufenthaltsbeendigung muß konsequent durchgeführt werden. Zu

diesem Zweck gibt es bereits Rückübernahmeabkommen mit einer Vielzahl von Staaten, so mit Polen, der Schweiz, der Tschechischen Republik, Rumänien, Bulgarien, Kroatien und Vietnam. Die Bundesregierung strebt Vereinbarungen mit weiteren Staaten an

Nur Allgemeinplätze

Zu dem von Lafontaine und Scharping in Berlin vorgestellten Sofortprogramm der SPD gegen Arbeitslosigkeit erklärte der 1. Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Glos:

Das von der SPD verkündete Sofortprogramm gegen Arbeitslosigkeit weicht den eigentlichen Herausforderungen aus. Statt umfassender Antworten enthält es sattem bekannte Allgemeinplätze. Die Arbeitslosigkeit kann nicht mit punktuellen Randkorrekturen bekämpft werden. Für eine grundlegende Modernisierung brauchen wir die mutige Neuorientierung aller gesellschaftlichen Kräfte. Dazu scheint die SPD nicht bereit.

Außer der Forderung nach Abbau von Überstunden enthält das Sofortprogramm keine konkreten Vorstellungen und Vorschläge für mehr Wachstum und Schaf-

fung von Arbeitsplätzen. Zu den zentralen Problemen und Herausforderungen gibt die SPD auch heute keine Antwort. Weder erteilt die SPD konjunkturellen Strohfeuerprogrammen auf Pump eine entschiedene Absage, noch unterbreitet sie praktikable Vorschläge zur Sicherung der Sozialsysteme.

Nach wie vor verkennt die SPD, daß eine vernünftige Wirtschafts- und Finanzpolitik die beste Sozialpolitik ist. Unsozial ist nicht eine auf Konsolidierung und Wirtschaftswachstum ausgerichtete Politik, sondern eine Politik der Inflation und steigender Steuern und Abgaben. Weder der 10-Punkte-Plan „Arbeitsplätze für Deutschland“ noch das „Sofortprogramm gegen Arbeitslosigkeit“ sind dazu geeignet, Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Beide Papiere atmen den Geist weiterer Umverteilung und zusätzlicher Abgabenbelastung für Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger.

Asylrechtsänderung und Ladendiebstahl

Die Bundeskriminalstatistik 1994 weist 585.671 Ladendiebstähle aus. Das sind 12,7 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Damit ging auch der Anteil an der Gesamtkriminalität (6.537.748 Straftaten) erstmals seit vielen Jahren auf nunmehr 8,7 Prozent zurück.

Der auf den ersten Blick erstaunliche Rückgang der Ladendiebstähle ist jedoch nicht das Ergebnis erhöhter Abschreckung oder erlahmender „Anzeigenfreudigkeit“ im Einzelhandel.

Die Ursache liegt vielmehr in der stark rückläufigen Beteiligung von Ausländern und hier insbesondere der Asylbewerber, die an diesem

Delikt stets weit über ihrem Bevölkerungsanteil beteiligt waren.

Mit der ersten großen Asylrechtsänderung zum 1. Juli 1993 setzte hier ein schlagartiger Rückgang ein. Gab es 1992 noch 438.191 Asylbewerber, reduzierte sich deren Zahl über 322.599 in 1993 auf 127.210 im vergangenen Jahr.

Diese Entwicklung bestätigen auch die Daten aus den Unternehmen. Bei Karstadt wurden beispielsweise 1994 nur noch 11.800 Ausländer beim Ladendiebstahl erwischt – 36 Prozent weniger als im Vorjahr.

aus: BAG Handelsmagazin 9/1995

Die Partnerschaft zwischen Landwirtschaft und Naturschutz stärken

Nach einem Gespräch des Bundesausschusses Agrarpolitik mit Bundesumweltministerin Angela Merkel erklärte der Vorsitzende des Bundesausschusses, Reimer Böge, MdEP:

Für die CDU zählt eine zukunftsfähige Landwirtschaft in Deutschland ebenso wie die Bewahrung der Schöpfung zu den herausragenden Themen. Es geht vor allem darum, die Partnerschaft zwischen Landwirtschaft und Umwelt- und Naturschutz zu stärken und zu verbessern. Die Land- und Forstwirtschaft hat die für Erhaltung der Kultur- und Erholungslandschaft besondere Bedeutung. Die Bodennutzung, die die „gute fachliche Praxis“ der Land- und Forstwirtschaft berücksichtigt, widerspricht in der Regel nicht den Zielen und Grundsätzen des Naturschutzes.

Als Kernaussage des Gespräches zwischen der Bundesumweltministerin und dem Bundesausschuß faßt Angela Merkel zusammen: „Nur gemeinsam mit der Landwirtschaft und nicht gegen sie werden wir die anstehenden Probleme zukunftsgerecht lösen.“

Die Bundesumweltministerin kündigte in dem Gespräch an, daß sie in Kürze den Entwurf einer Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes vorlegen will: „Mit dem Vertragsnaturschutz wird der Landwirtschaft die Möglichkeit eröffnet, neben der Ernährungsaufgabe ökologische Aufgaben zu übernehmen, die entsprechend honoriert werden müssen. Der Betriebszweig Landschaftspflege könnte als Dienstleistung einen Beitrag zur Einkommenssicherung vieler Landwirte und ihrer Familien leisten. Für wirtschaftliche Nachteile, die der Land- und Forstwirtschaft durch naturschutzbedingte Nutzungseinschränkungen entstehen, soll es künftig einen fi-

nanziellen Ausgleich geben. Ohne diese Ausgleichsregelung wird es keine Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes geben.“

Der Vorsitzende des Bundesausschusses, Böge, forderte, daß die Ausgestaltung des landwirtschaftlichen Fachrechts zur Beschreibung der guten fachlichen Praxis so wenig Bürokratie wie möglich veranlassen sollte: „Deregulierung und Entbürokratisierung sind nicht nur Fragen der Gesetzgebung, sie müssen gerade auch bei der Umsetzung durch Administration erfolgen. Das Umweltrecht ist in Deutschland dem Wortlaut nach in vielen Bereichen nicht schärfer als in anderen EU-Mit-

Die Landwirtschaft wird neben der Ernährungsranggabe ökologischer Aufgaben übernehmen, die entsprechend honoriert werden.

gliedstaaten. Dort, wo aber hinsichtlich von Genehmigungen und Auflagen nicht zu rechtfertigende Unterschiede zum Nachteil der deutschen Landwirte bestehen, müssen diese beseitigt werden.“

Als weiteres Ergebnis des Gesprächs kann festgehalten werden, daß nachwachsende Rohstoffe nicht nur eine Alternative zur Nahrungsmittelproduktion für die Landwirtschaft darstellen, sie leisten vielmehr auch einen entscheidenden Beitrag zur Umweltentlastung. Initiativen zur Markterschließung für nachwachsende Rohstoffe sind daher zu begrüßen und sollten fortgeführt werden.

Die Landwirtschaft hat erheblich in Richtung einer umweltfreundlichen Produktion umgesteuert. Böge wies darauf hin, daß der tatsächliche Düngemittelverbrauch erheblich zurückgegangen ist. So hat sich der Absatz von Stickstoff in den letzten sechs Jahren allein in den alten Bundesländern um 25 Prozent, von Phosphat und Kali um 48 bzw. 39 Prozent verringert. Dennoch schätzen Experten den derzeitigen Anteil der Landwirtschaft an den Gesamteinträgen in die Gewässer bei Stickstoff auf ca. 50 Prozent, bei Phosphor auf ca. 30 Prozent.

Abbau der Einträge

Dazu die Bundesumweltministerin: „Die Düngeverordnung wird meines Erachtens nach ihrem Inkrafttreten zu einem Abbau dieser Einträge beitragen. Zudem wird durch die Beschlüsse der Agrarreform das

Intensitätsniveau der Erzeugung tendenziell sinken, werden aufgrund von Flächenstilllegungen weniger Dünger und Pflanzenschutzmittel ausgebracht, erweitern die Programme zur Dauerbrache Lebensräume für Tiere und Pflanzen, und sind die Tierprämien an eine geringere Wirtschaftsintensität gebunden.“

Zusätzlich werden im Rahmen der flankierenden Maßnahmen der EU-Agrarreform zahlreiche, an regionalen Bedürfnissen ausgerichtete Programme mit besonderen Umwelt-, Arten- und Naturschutzleistungen sowie auch die Erstaufforstung gefördert. Böge: „Die EG-Nitratrüchlinie, die ein wichtiger Schritt im Gewässerschutz ist, tut ihr übriges. Diese Leistungen der Landwirtschaft müssen anerkannt und offensiv vertreten werden. In der Diskussion in der Agrarumweltpolitik muß die Einkommens- und Wettbewerbssituation der deutschen Landwirtschaft im EU-Binnenmarkt Berücksichtigung finden.“

Erste Sitzung der EVP-Arbeitsgruppe zur Erweiterung der Europäischen Union

Die von der Europäischen Volkspartei (EVP) und der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament eingesetzte gemeinsame Arbeitsgruppe „Erweiterung der Europäischen Union“ hat am 11. Januar 1996 unter Vorsitz des stellvertretenden EVP-Fraktionsvorsitzenden, Hans-Gert Pöttering, erstmals in Brüssel getagt.

Pöttering erklärte, die EVP wolle mit dem Einsatz dieser Arbeitsgruppe und dem frühzeitigen Beginn einer offenen Diskussion über die Erweiterung der Union erneut eine Vorreiterrolle übernehmen, so wie dies im Hinblick auf die Regierungskonferenz '96 der Fall war. Die EVP verabschiedete bei ihrem Kongreß in Madrid

am 7. November 1995 auf der Grundlage von Vorschlägen, die ebenfalls von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe von EVP und EVP-Fraktion unter Leitung von Hans-Gert Pöttering erarbeitet worden waren, als erste europäische Partei ein kohärentes Konzept und konkrete Vorschläge für die Reform des Maastrichter Vertrages.

Die Arbeitsgruppe werde über alle politischen Fragen im Zusammenhang mit der Erweiterung der Union, u. a. die Agrar-, die Regional-, die Sicherheits- und Finanzpolitik, beraten. Hierzu sollen die zuständigen Kommissare, Vertreter aus den mittel- und osteuropäischen Ländern, die der EU beitreten wollen, und Regierungsvertreter der Mitgliedstaaten eingeladen werden. ■

Claudia Nolte warnt vor den Machenschaften von Scientology

„Die Scientology-Organisation versucht mit äußerst bedenklichen Praktiken, unsere Gesellschaft zu unterwandern, Menschen von sich abhängig zu machen und zu beherrschen. Scientology ist eine der aggressivsten Gruppierungen in unserer Gesellschaft. Sie hat ein höchst bedenkliches Demokratieverständnis und ein menschenverachtendes Gesellschaftsbild. Es kann nicht hingegenommen werden, daß eine solche Organisation bei uns Fuß faßt. Bürgerinnen und Bürger müssen deshalb umfassend über die Machenschaften von Scientology aufgeklärt und davor gewarnt werden.“

Das erklärte die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Claudia Nolte, am 10. Januar anlässlich der Vorstellung der Broschüre „Die Scientology-Organisation - Ziele, Praktiken und Gefahren.“

Die Informationsschrift, die das Bundesverwaltungsamt in Köln im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstellt hat, beschreibt Lehre, Ziele und Struktur der Scientology-Organisation, die Methoden der Anwerbung und des Umgangs mit den Mitgliedern sowie die wirtschaftlichen Aktivitäten von Scientology. Ein Verzeichnis von Ansprech- und Beratungsstellen sowie ein Literaturverzeichnis ergänzen die Broschüre, die in einer hohen Auflage bundesweit verteilt worden ist.

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger fühlen sich von den Aktivitäten der Scientology-Organisation betroffen und bedroht und suchen Rat und Hilfe, schilderte Ministerin Nolte: Junge Frauen und Männer, die durch Scientology ihre Berufsausbildung abgebrochen, ihren Beruf aufgege-

ben, ihre Familien verlassen haben und in materielle Schwierigkeiten geraten sind. Eltern, deren Kinder von Scientology angeworben wurden. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich über Expansionsbestrebungen von Scientology in ihren Betrieben und Unternehmen beklagen. Claudia Nolte: „Diese Entwicklung erfüllt mich mit wachsender Sorge. Deshalb werde ich dem Wirken der Scientology-Organisation mit allen mir zur Verfügung ste-

Broschüre „Die Scientology-Organisation – Ziele, Praktiken und Gefahren“ soll Bürgerinnen und Bürger aufklären.

henden Mitteln entgetreten. Unter dem Deckmantel einer Religionsgemeinschaft steckt eine Organisation, deren Ideologie totalitäre Züge trägt und die hemmungs- und skrupellos zweifelhafte Geschäfte macht.“

Claudia Nolte nannte wesentliche Punkte, die die Gefährlichkeit der Scientology-Organisation ausmachen:

- Scientology ist weder eine Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft noch eine „Kirche“, sondern verfolgt ausschließlich wirtschaftliche Interessen. Diese von der Bundesregierung vertretene Auffassung ist durch das Bundesarbeitsgericht in seinem Urteil vom 22. März 1995 bestätigt worden.
- Scientology strebt die Weltherrschaft an und hat die Zerstörung unserer Gesellschaft zum Ziel. Scientology-Organisation will einen sogenannten neuen Menschen und eine sogenannte neue Welt erschaffen.

in der alles nach scientologischen Regeln funktioniert. Eine scientologisch geprägte Gesellschaft kennt keine Freiheitsrechte im Sinne des Grundgesetzes. Nach der Doktrin L. Ron Hubbards, des Begründers von Scientology, ist jede Demokratie nutzlos.

● Für den einzelnen kann Scientology in vieler Hinsicht verhängnisvoll werden: Der Absolutheitsanspruch der Organisation führt zum ausgeprägten Freund-Feind-Denken, das auch Trennungen von Familie und Freunden nicht ausschließt. Scientology beutet seine Mitglieder finanziell aus. Kursgebühren bis zu 100.000 DM bringen für viele abhängige Mitglieder den finanziellen Ruin. Scientology schürt und benutzt die Angst der Menschen, um das teure Kurs- und Trainingsangebot zu verkaufen. Potentiellen Mitgliedern wird massiv eingeredet, es gäbe nur in einer scientologisch geprägten Welt eine Überlebenschance, nur die Anwendung scientologischer "Technologie" könne die Welt vor dem Untergang retten.

● Die Anwerbungsmethoden der Scientology sind raffiniert und vielfältig. Der Angeworbene gerät nach und nach in psychische und finanzielle Abhängigkeiten vom System. Geködert werden Scientology-Mitglieder durch persönliches Ansprechen auf der Straße, Handzettel, Wurfsendungen, Anzeigen, Bücher und Zeitschriften. Eine besondere Werbemethode ist der als OCA (Oxford Capacity Analyse) bezeichnete kostenlose Persönlichkeitstest mit häufig negativen Folgen für den Angesprochenen. Untersuchungen haben ergeben, daß dieser Test ohne wissenschaftlichen Aussagewert ist und nur der Anwerbung für den Einstieg in das Scientology-Kurspaket dient.

● Kritik in den eigenen Reihen duldet Scientology nicht. Ein ausgeklügeltes Kontrollsystem kontrolliert und erfaßt „Abweichler“.

● Auch auf Kritik von außen wird aggressiv reagiert. So wurden von der Scientology-Organisation vor allem in den USA Anzeigen geschaltet, die die Politik der Bundesregierung in absurder Weise mit den Verhältnissen im Nationalsozialismus vergleichen und eine grobe Verletzung und Beleidigung der Opfer des Nationalsozialismus darstellen. Wegen angeblicher religiöser Diskriminierung hat sich die Scientology-Organisation an die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen gewandt. Diese Beschwerden sind verworfen worden. Die Versuche, die Bundesrepublik Deutschland bei internationalen Gremien der religiösen Diskriminierung zu bezichtigen, sind ohne Erfolg geblieben.

● Scientology versucht auf vielfältige Weise, wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Einfluß zu gewinnen. Die international agierende und weitgefächerte Scientology-Organisation ist an vielen Firmen beteiligt bzw. mit ihnen verknüpft, um den Verkauf und den Vertrieb der „Scientology-Technologie“ zu betreiben. Scientology versucht indirekt durch verschiedene ihr nahestehende Organisationen, wirtschaftliche Machtpositionen zu besetzen, insbesondere in der Unternehmensberatung, im Management-, Trainings- und im Immobilienbereich. Die Anwendung der Scientology-Regeln in der Wirtschaft, verbunden mit dem Kontrollsystem und dem Absolutheitsanspruch, können schweren Schaden in den Betrieben anrichten.

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE
*CDU#

● X 400
c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

Stolpe soll verfassungswidriges Schulgesetz zurückziehen

Der Justitiar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Reinhard Göhner, erklärte zu dem von der brandenburgischen Landesregierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über die Schulen im Land Brandenburg:

Dieser Entwurf ist nach Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verfassungswidrig, weil der Religionsunterricht an öffentlichen Schulen in Brandenburg kein Pflichtfach sein soll, sondern nur als freiwilliges Wahlfach angeboten würde. Das ist verfassungswidrig, weil Artikel 7 Abs. 3 Satz 1 Grundgesetz den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach, und das heißt als Pflichtfach, verlangt.

Falls der Landtag in Brandenburg den Gesetzentwurf der Landesregierung in der vorliegenden Form beschließt, wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht erheben. Wir appellieren an die Landesregierung in Brandenburg und insbesondere an Ministerpräsident Stolpe, den kirchenfeindlichen, verfassungswidrigen Gesetzentwurf zurückzuziehen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird auf eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht verzichten, wenn der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach wird und „zu einem integrierenden Bestandteil der staatlichen Schulorganisation und Unterrichtsarbeit erhoben“ und damit „zu einer jedenfalls auch staatlichen Aufgabe erklärt“ wird (so wörtlich das Bundesverwaltungsgericht 1973).

Zu Recht haben sich die Kirchen entschieden gegen den brandenburgischen Schulgesetzentwurf gewandt. Mit diesem Gesetzentwurf sollen die Kirchen und die Religion beiseite gedrängt werden. Es ist

höchst bedauerlich, daß Herr Stolpe diesen kirchen- und religionsfeindlichen Vorschlag vorgelegt hat. Das vorgesehene Unterrichtsfach „Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde“ (LER) kann den Religionsunterricht nicht ersetzen. Es geht nicht um wertneutrale Unterrichtsinhalte, sondern um die Erteilung von „Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften“ (Art. 7 Abs. 3 S. 2 GG) und damit um eine christliche, wertorientierte Vermittlung im Religionsunterricht.

Die evangelische und katholische Kirche in Berlin-Brandenburg haben zu Recht festgestellt, daß das vom Land Brandenburg vorgesehene Pflichtfach „Lebensgestaltung-Ethik-Religion“ der Werteerziehung in der pluralen Gesellschaft nicht gerecht werden kann. Die Kirchen haben die wichtige Aufgabe freiwilliger, wertorientierender, ordentlicher Unterrichtsfächer betont. Da eine ethische und religiöse Orientierung nicht wertneutral unterrichtet werden kann, ist der Staat aufgrund seiner Verpflichtung zur weltanschaulichen Neutralität in der Schule auf eine Kooperation mit dem Bildungs- und Erziehungsangebot der Kirchen angewiesen. Brandenburg schlägt dieses Angebot mit seinem Schulgesetzentwurf aus, weil dem Religionsunterricht eine mindere Stellung eingeräumt wird und LER als staatliches Unterrichtsangebot in diesem Bereich zum einzigen Pflichtfach gemacht werden soll.

Zu Unrecht beruft sich die Landesregierung auf Artikel 141 GG. Nach dieser sogenannten Bremer Klausel findet Artikel 7 Abs. 3 Satz 1 keine Anwendung in einem Land, in dem am 1. Januar 1949 eine andere landesrechtliche Regelung bestand.

Belastung der Glaubensfreiheit

Für die brandenburgische CDU-Landesvorsitzende, Carola Hartfelder, ist der umstrittene Entwurf des Schulgesetzes eine „Belastung der Glaubens- und Gewissensfreiheit“.

Gemeinsam mit Vertretern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion appellierte sie an Ministerpräsident Stolpe, das Papier zurückzuziehen, um den Gang vor das Bundesverfassungsgericht überflüssig zu machen.

Frage: Frau Hartfelder, was den Bayern der Ärger mit dem Kruzifix-Urteil, ist Ihrer Landes-CDU offensichtlich das Fach Lebensgestaltung/Ethik/Religion (LER). Oder?

Carola Hartfelder: Das glaube ich nicht. Auch wenn das Kruzifix-Urteil eine Verschiebung des Wertesystems unseres Staates darstellt, was LER auch tut, so halte ich das Kruzifix-Symbol letztlich nicht für so trüchtig, wie die Werte-Erziehung von Tausenden von Kindern an Schulen in einem Land.

Frage: Sie haben hier in Bonn Ihre Position festgeklopft, obwohl die von Ihnen beantragte Anhörung zur Verfassungsmäßigkeit von LER im Landtag erst noch stattfindet.

Carola Hartfelder: Schon im November hatte ich die Bundestagsfraktion öffentlich gebeten, über eine Nor-

menkontrollklage nachzudenken. Seit dieser Zeit laufen die Gespräche. Der Auftritt in Bonn geht auf terminliche Gründe zurück, auch wenn ich schon damals wußte, daß die Anhörung danach stattfindet.

Frage: Bildungsministerin Peter sieht einer Normenkontrollklage gelassen entgegen...?

Carola Hartfelder: Wir werden sehen, ob das so sein wird. Wer zuletzt lacht, lacht am besten.

Frage: Wo sehen Sie hauptsächlich die verfassungsrechtlichen Bedenken?

Carola Hartfelder: Da ist zum einen der Artikel 7, Absatz 3 des Grundgesetzes. Hier geht es um den Rechtsan-

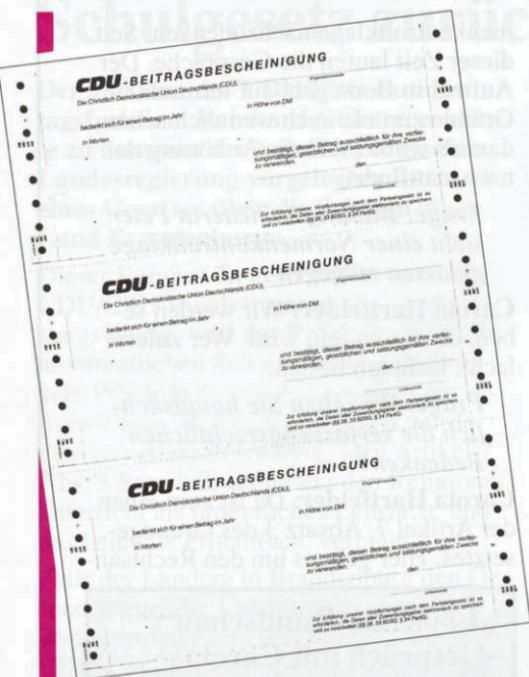
„Lausitzer Rundschau“ -Gespräch mit Carola Hartfelder am 11. Januar

spruch auf Erteilung eines konfessionell gebundenen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen. Das zweite ist das angestrebte Prinzip der Abwahlmöglichkeit durch Nachweis eines außerschulischen Religionsunterrichts. Das heißt, Sie müssen mit einem von der Kirche ausgestellten Schein zur Schulleitung gehen und sagen, mein Kind meldet sich von einem Pflichtfach ab. Das ist diskriminierend und gegen den Gleichheitsgrundsatz.

Damit sollte der damals in Bremen sowie im Westteil von Berlin bestehenden Lage Rechnung getragen werden, wo es zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Grundgesetzes keinen konfessionsgebundenen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach

gab. Diese Bremer Klausel gilt nicht für die neuen Bundesländer, weil die damaligen Länder der DDR im Zuge der Entwicklung zum sozialistischen Einheitsstaat untergegangen und mit den heutigen ostdeutschen Ländern nicht identisch sind. ■

Materialien zur Parteiarbeit



● Beitragsbescheinigung (endlos)

Dieses Formular ist an beiden Seiten mit einem Lochrand versehen und ist somit speziell für Endlos-Drucker geeignet.

Achtung! Dieser Artikel kann nur von Landes- und Kreisverbänden bestellt werden.

Bestell-Nr.: 11015

Verpackungseinheit:

1 Karton à 3.000 St.

Preis je Karton.: 104,- DM

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 1164

33759 Versmold

Fax (0 54 23) 4 15 21

(*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50 DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5 DM erhoben.)

Aufgliederung der Ausgaben												
Zeitraum von	Zeitraum bis	Abrechnungsbogen										
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13

Abrechnungsbuch

der

Christlich Demokratischen Union

Stadtl., Stadtbezirks-, Gemeinde-, Ortsverband

im Kreisverband

● Abrechnungshandbuch '96

Die jetzt vorliegende Version wurde speziell für die vereinfachte Abrechnung der Beitrags- und Spendenmeldungen überarbeitet. Somit können auch Beitragsanteile von oder an andere Vereinigungen übersichtlich gebucht werden.

Bestell-Nr.: 11209

Verpackungseinheit:

10 Expl.

Preis je 10 Expl.:

30,- DM

Erziehung und Ausbildung in unserem freiheitlichen und demokratischen Bildungssystem

Beschluß des 4. Parteitags der CDU Deutschlands



Kriminalität entschlossen bekämpfen - Innere Sicherheit stärken

Beschluß des 4. Parteitags der CDU Deutschlands



● Erziehung und Ausbildung in unserem freiheitlichen demokratischen Bildungssystem, Beschluß vom 4. Parteitag

Erziehung und Ausbildung sind gleichermaßen wesentliche Grundlagen für die Leistungsfähigkeit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft wie für die Sicherung des sozialen Zusammenlebens. Unser Bildungssystem hat somit auch eine Gemeinwohlfunktion: Es dient über die Entfaltung der Person und die Bildung der Bürger auch der Zukunftssicherung von Staat und Gesellschaft.

Der vorliegende Beschluß vom 4. Parteitag in Berlin dokumentiert das erste gesamtdeutsche Bildungsprogramm, mit dem die CDU die Bildungspolitik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert gestalten möchte, und gibt Auskunft darüber, unter welchen Herausforderungen dieses Programm steht, welche Grundlagen geschaffen werden müssen und mit welchem Schul- und Berufsbildungssystem die CDU die Herausforderungen des wiedervereinigten Deutschlands bewältigen möchte.

Bestell-Nr.: 5729

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 25,- DM

● Kriminalität entschlossen bekämpfen, Beschluß vom 4. Parteitag

Innere Sicherheit ist nach wie vor eines der dringendsten innenpolitischen Themen. Der Beschluß vom 4. Parteitag, mit der Einführungsrede von Rudolf Seiters, soll deutlich machen, daß Freiheit und Sicherheit der Bürger zusammen gehören. Deshalb enthält dieser Beschluß ein eindeutiges Bekenntnis zu Polizei und Verfassungsschutz.

Bestell-Nr.: 5730

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 22,- DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN

Stand: 1. 12. 1995

Statut

**Finanz- und
Beitragsordnung
Parteigerichtsordnung
Geschäftsordnung
Parteiengesetz**

CDU

● Statut der CDU (Stand 1. 12. 95)

Bestell-Nr.: 3363

Verpackungseinheit: 20 Expl.

Preis je 20 Expl.: 33,- DM



● Mikrofon-Windschützer

Bestell-Nr.: 9088

Verpackungseinheit: 1 Expl.

Preis je Expl.: 29,- DM

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 11 64 • 33759 Versmold

Fax (0 54 23) 4 15 21

(*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50 DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5 DM erhoben.)

UiD

2/1996

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:**
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113
Bonn, Telefon (0228) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.
(0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. **Vertrieb:**
Tel. (0228) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183
(BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504
(BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM.
Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** vva Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.